

Was heißt hier gerecht?

Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt, *Ungleich gerecht? Kritik moderner Gerechtigkeitsdiskurse und ihrer theoretischen Grundlagen*

Johannes Schillo



Johannes Schillo, freier Journalist und Redakteur der Vierteljahresschrift „Journal für politische Bildung“

Ob Einkommensentwicklung oder Vermögensverteilung, ob Teilhabe am Bildungssystem oder an beruflichen Karrieren – Deutschland steht seit einiger Zeit unter der verschärften, von nationalen Armuts- und Reichtumsberichten, vom UN-Sonderberichterstatter zum Menschenrecht auf Bildung oder von Lohnstatistiken der OECD bekräftigten Anklage, dass es in sozialer Hinsicht nicht gerecht zugehe. Noch vor der Finanzkrise machte Norbert Blüm in seiner programmatischen Schrift „Gerechtigkeit“ (2006) die Rechnung auf, dass hierzulande 10% der Haushalte über ein durchschnittliches Vermögen von 670.000 Euro verfügen, während am unteren Ende 10% mit Schulden von 8.000 Euro stehen, und bemerkte dazu: „Wie die Gerechtigkeitsrechnung aussieht, weiß ich nicht. Aber dass in dieser großen Kluft zwischen Reichtum oben und Schulden unten die Göttin Justitia spurlos verschollen ist, daran zweifle ich nicht.“

Ein Reizthema sind in diesem Zusammenhang auch die Managergehälter, seit der Finanzkrise zugespitzt auf die Millionen-schweren Bonus-Zahlungen, die, selbst bei Pleite- oder staatlich geretteten Firmen, an Manager gezahlt werden. Ein einschlägiges Lehrstück war etwa die Aufregung in der Öffentlichkeit vom Frühjahr 2012, als das – übrigens vom Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat abgesegnete – Gehalt des VW-Vorstandsvorsitzenden bekannt wurde. „Diese Zahl rockt Deutschland: Knapp 17 Millionen Euro bekommt VW-Chef Martin Winterkorn für 2011 von seinem Arbeitgeber, mehr als jemals zuvor ein Dax-Vorstand.“ (Bild, 25.3.12) Es gab heftige Debatten auf allen Kanälen. Wieder wurde über die Ungerechtigkeit geklagt, dass ein Manager das Hundertfache eines normalen Arbeitslohns oder, so die FAZ-Sonntagszeitung (17.3.12), „ein Autoverkäufer“ das „50-fache der Bundeskanzlerin“ verdient. Doch Bild hatte recht, es war wie beim Rock’n’Roll, wo der klassische Song drei Minuten dauert: Nach drei Wochen war der Tanz vorbei und die Sache hatte keinerlei Konsequenzen.

*

Beide Sachverhalte, die sich durch zahllose Beispiele ergänzen ließen, sind bemerkenswert. Sie dokumentieren die faktische Inhaltsleere und Folgenlosigkeit



Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt, *Ungleich gerecht? Kritik moderner Gerechtigkeitsdiskurse und ihrer theoretischen Grundlagen*. Hamburg (VSA) 2012, 199 Seiten

keit eines Prinzips, dem grundsätzliche, unverzichtbare Bedeutung fürs Gemeinwesen zugeschrieben wird. Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt machen in ihrer neuen Publikation über Gerechtigkeitstheorien und -diskurse darauf aufmerksam, dass keine Partei auf den Höchstwert Gerechtigkeit verzichten will. Alle Parteien führen ihn, bei unterschiedlicher Akzentuierung, in ihren Programmen auf. Gerade auch radikale Parteien faschistischer und sozialistischer Provenienz messen ihm besondere Bedeutung bei, was natürlich aus ganz unterschiedlichen Politikprogrammen resultiert. Gerechtigkeit ist in Sozialphilosophie, -wissenschaft und -politik als Berufungsinstanz oder Orientierungspunkt ein Muss. Gegen das individualistische Ausufern eines libertären Freiheitsbegriffs, der keine soziale Bindung mehr kennt, machen sozialistische Tradition oder christlich-sozialer Personalismus Front, gegen zu viel kollektivistische Vergesellschaftung stellt sich der Liberalismus auf, dass Solidarität Grenzen haben muss, wissen alle. Aber dass es „zu gerecht“ zugehen könnte, existiert als politische Beschwerde nicht.

Und doch lässt sich mit dem Prinzip, das unbedingte Geltung besitzen soll, zu konkreten gesellschaftlichen Fragen keine Aussage treffen. So formulieren es nicht Kritiker oder Anhänger divergierender Schulen, die über die Konkretisierung des Grundsatzes in Streit gerieten, sondern entschiedene Parteigänger wie Blüm, der ein ganzes Buch zur Explizierung seines geschätzten Sozialprinzips verfasst hat, wobei er in seiner treuherzigen Art nur offen ausspricht, was sich auch sonst an den zahlreichen Gerechtigkeitsdiskursen konstatieren lässt: Verstöße gegen das Prinzip sind eindeutig dingfest zu machen, ergeben aber keinen eindeutigen Korrekturbedarf. Ja, mehr noch, wie die Debatte seit der Finanzkrise zeigt, es wird klargestellt, dass man mit Ungerechtigkeit leben muss. Bei der aktuellen Krisenbewältigung im Falle Griechenlands z.B. verteidigte der deutsche Finanzminister entschieden die Sparpolitik, die harte Einschnitte für den Lebensstandard der Bevölkerung mit sich bringt: „Ich fühle sehr mit den Bürgern in Griechenland. Die allermeisten, die jetzt von den Reform- und Sparmaßnahmen hart betroffen sind, können nichts für den Reformstau, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit oder die unproduktive Verwendung von Geldern in der Vergangenheit.“ So Schäuble im Interview mit dem Tagespiegel (19.2.12), wo er auch sein Verständnis dafür bekundete, „dass dies bei vielen als alles andere als fair und gerecht empfunden wird“. Die Maßnahmen, heißt es dann lapidar, sind „bitter für die Betroffenen, aber notwendig“ (Schäuble im Gespräch mit der ARD, 21.2.12).

*

Dem widersprüchlichen Status des Gerechtigkeitsideals, seiner Hochschätzung, Unbestimmtheit und Folgenlosigkeit, gehen die beiden Hochschullehrer Dahme (Professor für Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal) und Wohlfahrt (Professor für Sozialmanagement an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe) auf den Grund, gerade auch motiviert durch den Tatbestand, dass mit dem Um- bzw. Abbau des Sozialstaats normative Gerechtigkeitstheorien wieder Konjunktur haben, allerdings bemerkenswerte Modifikationen erfahren. Das Buch greift weit aus, bezieht aktuelle Diskurse (zur Bildungs- oder Gendergerechtigkeit), sozialpolitische

Veränderungen (Agenda 2010 samt Folgen) und wirtschaftliche Vorgänge ein (es gibt z.B. einen Exkurs zum Verlauf der Finanzkrise von 2007 bis Anfang 2012); zudem werden methodologische Fragen der Sozialarbeitswissenschaft oder, in einem Anhang, das „faschistische und sozialistische Gerechtigkeitsideal“ behandelt. Diese möglicher Weise verwirrende Fülle wird aber mit einer klaren Gliederung in vier Teile – I. Topoi und Themen der Gerechtigkeitstheorie, II. Vorstellung und Kritik von fünf Ansätzen (John Rawls, Amartya Sen, Axel Honneth/Nancy Fraser, Niklas Luhmann, Wolfgang Kersting), III. Analyse sozialstaatlicher Praxis, IV. Aktuelle politische Diskurse – und mit einer eindeutigen Kritikposition präsentiert.

Das Buch, dessen Titel an eine Formulierung von Aristoteles anknüpft, fokussiert auf die philosophische Tradition des Abendlandes, die mit der Durchsetzung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert wieder aufgegriffen wurde, um die neu entdeckte „soziale Frage“, also die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, einer theoretisch befriedigenden und die Praxis anleitenden Antwort zuzuführen – so dass am Ende jeder zu dem Seinigen komme, wie es in der alten Definition von Augustinus heißt. Ältere Konzepte, so die christliche Gesellschaftslehre oder die sozialistische Tradition, streifen die Autoren, ihnen geht es vor allem um zwei Punkte, die nachdrücklich, auch mit gewissen Wiederholungen, herausgestellt werden:

- Im zentralen Kapitel über „Gerechtigkeit und Gleichheit“ heißt es: „Wie selbstverständlich unterstellen die gerechtigkeitstheoretischen Argumentationen eine Gesellschaft, die fortwährend Ungleichheit erzeugt, um sich dann der Überlegung zu widmen, inwiefern die Korrektur dieser Ungleichheit sich nicht selbst wieder das Problem einhandelt, Ungleichheiten hervorzubringen.“ Auf diese alles andere als selbstverständliche Unterstellung zielt die Kritik von Dahme/Wohlfahrt. Der normative Anspruch, Gerechtigkeit zu bestimmen, stelle sich ignorant gegen die Erklärung der Gründe für Ungleichheit. Mit der kapitalistischen Warenproduktion habe ein Prinzip Einzug gehalten, das keine Verteilungsfragen mehr offen lasse, nur den Staat herausfordere, angesichts ruinöser Folgen der Konkurrenzordnung im Sinne eines Bestandsschutzes tätig zu werden. Das Gerechtigkeitspostulat selber und nicht seine defizitäre Ausgestaltung wird also der Kritik unterzogen: Es nehme eine zielstrebig ignorante, legitimierende und idealisierende Stellung zu den gesellschaftlichen Gegensätzen ein.
- Die Autoren ignorieren aber nicht, dass es in der Gerechtigkeitstheorie seit Ende des letzten Jahrhunderts Veränderungen, ja sogar Ansätze zu einer Selbstkritik im oben genannten Sinne, gegeben hat. So schrieb Axel Honneth im „Recht der Freiheit“ (2011): „Eine der größten Beschränkungen, unter denen die politische Philosophie der Gegenwart leidet, ist ihre Abkoppelung von der Gesellschaftsanalyse und damit die Fixierung auf rein normative Prinzipien.“ Dahme/Wohlfahrt weisen im zweiten Hauptstrang ihrer Argumentation nach, dass die Neuorientierung, die darauf hinausläuft, das komparative Gleichheitsparadigma (also im klassischen Sinne „Gerechtigkeit daran zu bemessen, wie viel jemand im Verhältnis zu jemand anderem bekommt“) aus dem Verkehr zu ziehen, sich legitimatorisch mit der

fortschreitenden Herstellung sozialer Ungleichheit abfindet. „Der große philosophische Entwurf, Gerechtigkeit nach einem normativen Maßstab zu konstruieren, der eine allgemeingültige Begründungsfolie für staatliches und unternehmerisches Handeln abgibt, endet letztendlich in der Apologetik einer bürgerlichen Welt, in der die Gescheiterten der Konkurrenzgesellschaft gefälligst für sich selber sorgen sollen.“ Plakativ gesagt: Verteilungsgerechtigkeit wird zugunsten von Beteiligungsgerechtigkeit verabschiedet.

Unterfüttert wird dies mit Ausführungen über die politische Ökonomie der Marktwirtschaft. Sie liefern keine komplette Gesellschaftsanalyse, machen aber Essentials einer solchen Analyse deutlich.

*

Für die politische Bildung sind die Überlegungen auf jeden Fall relevant, da es um eine gesellschaftspolitische Schlüsselkategorie geht. Darüber hinaus werden hier spezielle Bildungsanstrengungen angesprochen. Einerseits hat man ja in den letzten Jahren soziale Ungleichheit und Benachteiligung als wichtige Bildungsaufgabe entdeckt und besondere Maßnahmen gefordert, Angebote speziell an die „politik-“ und „bildungsfernen“ Zielgruppen zu richten und so Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat jüngst einschlägige Bemühungen in einem Sammelband über „Themenwelten und politisches Interesse von 'bildungsfernen' Jugendlichen“ („Unsichtbares“ Politikprogramm, hg. von Wiebke Kohl und Anne Seibring, 2012, bpb-Schriftenreihe Bd. 1138) resümiert. Der Band macht zwar deutlich, dass die kategorische Feststellung von „Politikferne“ nicht zutrifft und dass auch die sozialen Unterschiede im Blick auf „soziale Milieus“ (dazu ein Aufsatz von Stefan Hradil) weiter zu differenzieren sind, aber es bleibt bei der generellen Einschätzung, dass politische Bildung mit ihren Angeboten eher einen gesellschaftlich privilegierten Kreis ins Auge fasst, dass also eindeutige „Desiderate hinsichtlich ihrer Adressierung“ (Kohl/Seibring) bestehen.

Andererseits wird seit einiger Zeit der Ansatz der Citizen Education bzw. Active Citizenship in die Diskussion gebracht, der gesellschaftliche Teilhabe vor allem auf der kommunalen Ebene ermöglichen soll. Dahme/Wohlfahrt gehen näher darauf ein, konzentrieren sich aber auf die „pädagogisierende Sozialarbeitspolitik“, die damit zum Zuge komme. Ganz im Sinne des neueren Gerechtigkeitsdiskurses würden hier „Erziehungsprogramme installiert, die auf das behavioristische Antrainieren von moralisch-sittlichen Einstellungen und Verhaltensweisen setzen“. Mit dieser Moralisierung, so die Kritik, würden die gesellschaftlichen Verhältnisse, also der Grund für die ständigen Gerechtigkeits-Herausforderungen, endgültig aus dem Blickfeld verschwinden. Solche Anmerkungen sind unmittelbar anschlussfähig für die Debatten, die in der politischen Bildung über Partizipation und Teilhabe geführt werden. Hier wird ja gerade über den politischen Gehalt der verbreiteten Aufforderung zum sozialen Engagement debattiert. So können die Thesen der beiden Autoren zum Stellenwert der Sozialen Arbeit auch professionstheoretisch für die politische Bildung genutzt werden.